



Sachbearbeitung Z/DA - Geschäftsstelle Digitale Agenda

Datum 08.10.2020

Geschäftszeichen

Beschlussorgan Hauptausschuss

Sitzung am 08.10.2020 TOP

Behandlung öffentlich

GD 234/20

Betreff: Bericht Geschäftsstelle Digitale Agenda

Anlagen:
1. Broschüre digitale Stadt
2. Bericht Verschwörhaus_Jugend Hackt LAB
3. Bericht Zukunftsstadt-2030
4. Datenethikkonzept

Antrag:

1. Die Einrichtung der "Geschäftsstelle Digitale Agenda" und die Einrichtung des Verschwörhauses mit den dazugehörigen Personalstellen und Budgets für die Umsetzung der laufenden geförderten Großprojekte (incl. BMI Smart City) für die Projektlaufzeiten bis Ende 2026 zu verlängern und das Budget von bisher 735.000 € weiterhin bereitzustellen -vorbehaltlich des jährlichen Beschlusses des städtischen Haushaltsplans durch den Gemeinderat.
2. Die Zwischenberichte (Anlage 2 und Anlage 3) zur Phase 3 des Bundesförderprojekts Zukunftsstadt Ulm 2030 sowie den Bericht zur Arbeit des Verschwörhauses Jugend Hackt Lab zur Kenntnis zu nehmen.
3. Der Verlängerung von vier befristeten Stellen (3x EG 11 TVöD, 1x EG 10 TVöD) bis 31.12.2026 zuzustimmen - vorbehaltlich des jährlichen Beschlusses des städtischen Haushaltsplans durch den Gemeinderat. Die Finanzierung dieser Stellen ist durch Akquise von entsprechenden Fördermitteln sicherzustellen.
4. Der kostenneutralen Verlängerung für die externen Projektpartner des Projektes Zukunftsstadt um 6 Monate bis 31.12.2022 aufgrund der durch Covid 19 bedingten Verschiebungen zuzustimmen - die dazugehörigen Personalstellen sind unter Ziffer 3 bereits berücksichtigt.
5. Die Verankerung des Themas Open Government bei der Geschäftsstelle Digitale Agenda zur Kenntnis zu nehmen.
6. Dem Datenethikkonzept aus Anlage 4 zuzustimmen.

Zur Mitzeichnung an:

BM 1, OB, OB/B, Z, ZSD/F, ZSD/P

Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des

Gemeinderats:

Eingang OB/G

Versand an GR

Niederschrift §

Anlage Nr.

Gunter Czisch
Oberbürgermeister

Sachdarstellung:

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:	ja
Auswirkungen auf den Stellenplan:	ja

MITTELBEDARF			
INVESTITIONEN / FINANZPLANUNG (Mehrjahresbetrachtung)		ERGEBNISHAUSHALT laufend	
PRC:		130560 Geschäftsstelle DA L13011200001 Verschwörhaus	
Einzahlungen*		Ordentliche Erträge ab 2022	-317.000 €
Auszahlungen		Ordentlicher Aufwand 130560 Geschäftsstelle DA L13011200001 Verschwörhaus Verlängerung Befristung für 4 Stellen (1xEG10 + 3xEG11) ab 01.01.2022 - 31.12.2026	515.000 € 220.000 € 317.000 €
Aktivierte Eigenleistungen		<i>davon Abschreibungen</i>	4.400 €
		<i>davon Kalkulatorische Zinsen</i>	500 €
Saldo aus Investitionstätigkeit		Nettoressourcenbedarf	735.000 €
MITTELBEREITSTELLUNG			
<u>1. Finanzhaushalt 2020</u>		2020	
Auszahlungen (Bedarf):		innerhalb Fach-/Bereichsbudget bei PRC 112-130	735.000 € *
Verfügbar: (inkl. HH Reste Vj.)	0 €		
Ggf. Mehr-/Minderbedarf		fremdes Fach-/Bereichsbudget bei: PRC 1120-131 7.11200003 Zukunftsoffensive Ulm 2030	- €
Deckung Mehrbedarf bei PRC	- €		
	€	Mittelbedarf aus Allg. Finanzmitteln	- €
bzw. Investitionsauftrag 7	- €		

***Mittel sind im aktuellen Haushaltsplanentwurf hinterlegt.**

1. Digitale Agenda der Stadt Ulm

1.1. Geschäftsstelle Digitale Agenda

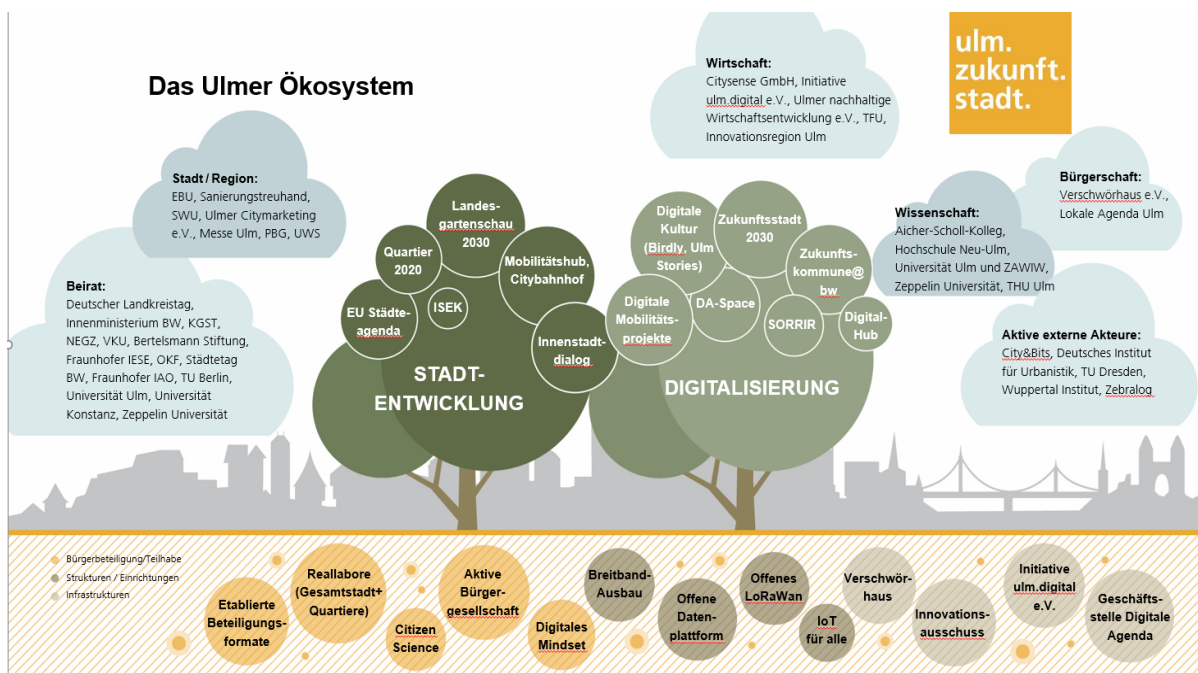
a) Ausgangslage

Seit 1. Januar 2018 besteht auf Basis von GD 128/17 am Weinhof und damit fußläufig zentral in der Stadt erreichbar die Geschäftsstelle Digitale Agenda zunächst befristet auf 3 Jahre bis Ende 2020. Die Aufgabe der Geschäftsstelle besteht darin, innovative digitale Lösungen für und mit der Ulmer Bürgerschaft und der Ulmer Stadtverwaltung zu testen und zu entwickeln. Die Geschäftsstelle ist damit die Ideenschmiede der Stadt Ulm für digitale Strategien und den Digitalen Wandel. Im Zentrum dabei steht die Einbeziehung der Stadtgesellschaft - sei es bei der Ideenfindung oder bei der Erprobung und Umsetzung neuer Lösungen. Die Arbeit steht unter dem Motto, die Digitalisierung clever, offen, nachhaltig, für alle gestalten. Ulm soll im Wettbewerb mit anderen auch langfristig eine lebenswerte Stadt und attraktiver Wirtschaftsstandort bleiben. Die Geschäftsstelle Digitale Agenda der Stadt Ulm soll hierbei eine Rolle als Impulsgeberin für Stadtgesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft wahrnehmen.

b) Ergebnisse seit 2018

Seit dem Beginn im Januar 2018 bis zum August 2020 fanden viele Veranstaltungen für die Bürgerschaft und die Verwaltung statt. Diese wurden durch rund 150 Präsentationen des Teams auf Landes- und Bundesveranstaltungen ergänzt. Seit drei Jahren kümmert sich die Geschäftsstelle um den Aufbau des Netzwerkes von verschiedenen externen Organisationseinheiten wie in Abb. 1 „Das Ulmer Ökosystem“ dargestellt.

Abb1: Das Ulmer Ökosystem

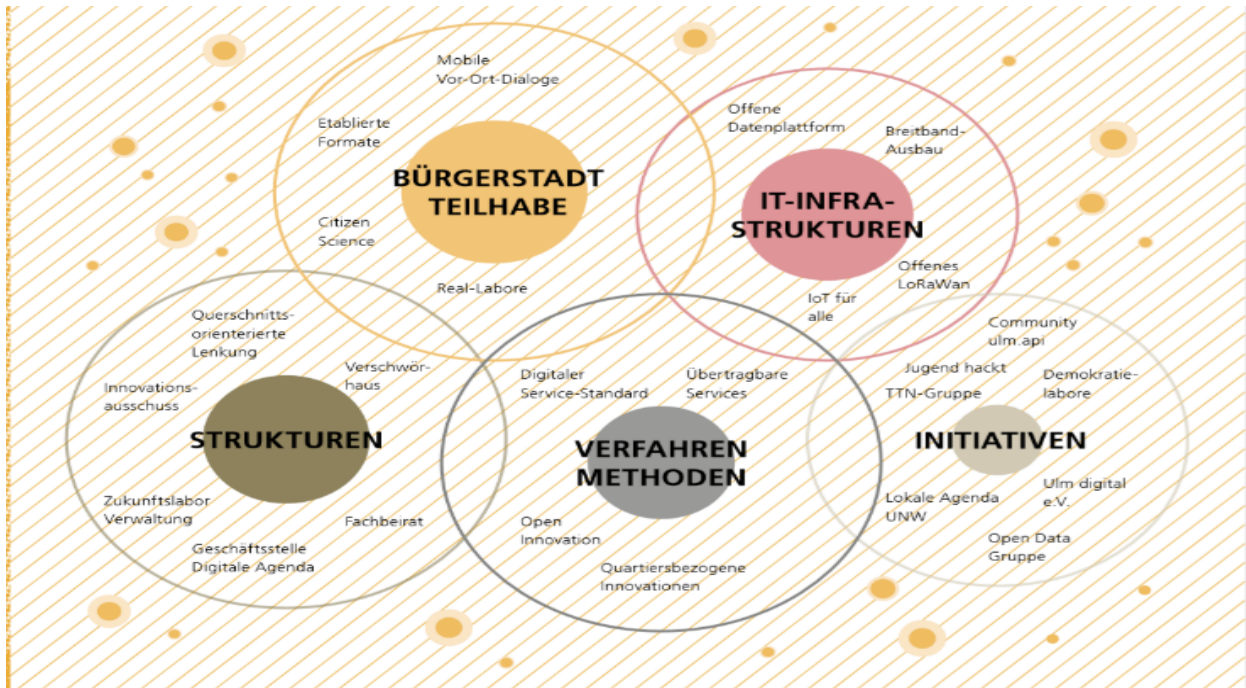


Die Grundlage für die erfolgreiche Einwerbung von Fördergeldern für die Digitalisierung ist darin zu sehen, dass der Ausbau von verschiedenen Themenfeldern durch die Geschäftsstelle Digitale

Agenda in den letzten drei Jahren strategisch und kontinuierlich vorangetrieben wurde. Diese Themenfelder, die den Erfolg der smarten Stadt ausmachen, sind die (1) Teilhabe der Bürgerschaft, (2) Initiativen, (3) Nachhaltige Strukturen, (4) Eingesetzte Verfahren und Methoden und (5) die zugrundeliegende IT-Infrastruktur.

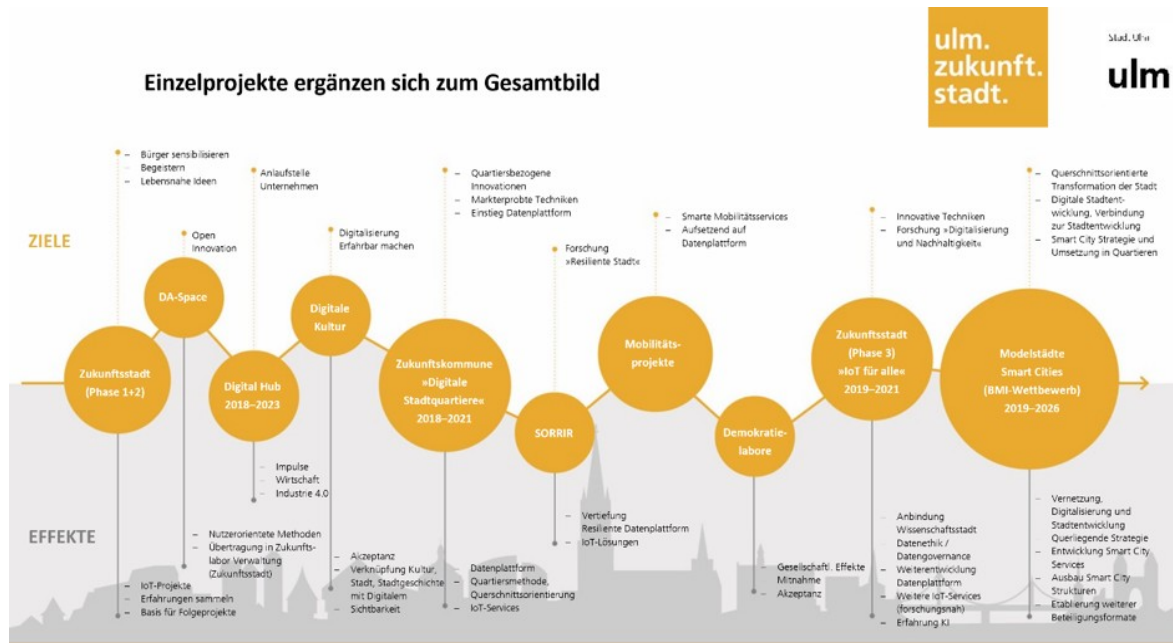
Diese sind in Abb. 2 dargestellt.

Abb. 2: Der Ulmer Ansatz



Als umfassendsten Förderprojekte sind hier die Projekte 'Zukunftskommune@bw', die 'Zukunftsstadt 2030' und das Modellprojekt "Ulm4clever City" aus dem Programm "Smart City made in De" anzuführen. Insgesamt konnten alleine hier 10 Mio. € Fördergelder aus Bundes- und Landesmitteln für die Stadt Ulm eingeworben werden. Eine detaillierte Übersicht über alle Digitalprojekte der Stadt gibt Anlage 1 Broschüre Digitale Stadt. Die Großprojekte werden im Folgenden kurz beschrieben.

Abb. 3. Einzelprojekte ergänzen sich zum Gesamtbild



Großprojekt Zukunftskommune@bw

Mit diesem vom Land Baden-Württemberg geförderten Projekt legt Ulm Grundsteine für die nachhaltige Stadtentwicklung und will mit Angeboten, die clever, sicher, nachhaltig, offen und für alle Bürgerinnen und Bürger sind, zur Vorreiterin für nachhaltige Stadtentwicklung werden. Als Quartier wurde der Alte Eselsberg ausgewählt, da dort das neue Wohnquartier „Am Weinberg“ entsteht und man die Synergien zwischen diesem und dem alten Wohnquartier nutzen möchte. Das Projekt beschäftigt sich mit sechs Themenfeldern. Die Themenfelder sind (1) Leben im Quartier, (2) Mobilität, (3) Umwelt, Energie, Versorgung und Entsorgung, (4) Handel, (5) Datenplattform und (6) Geschäftsmodelle. Für jedes Feld wiederum wurde - im Sinne einer bürger- und serviceorientierten Netzwerkkommune - die Ulmer Bürgerschaft nach Projektideen befragt. Dafür hat die Stadt etablierte Formate der Bürgerbeteiligung verwendet, wie z.B. Bürgerwerkstätten und Online-Dialoge über zukunftsstadt-ulm.de.

Die Projektideen wurden anhand transparenter Kriterien bewertet, ausgewählt und im Gemeinderat entschieden. Beispielprojekte sind die Ehrenamtsbörse, eine Mobilitätsstation, Luft- und Klimadatenmessungen, Hochbeete mit Sensortechnik im Quartier und der Ulmer Wochenmarkt im Online-Format (Mein-Wochenmarkt.online).

Die Datenplattform als themenfeldübergreifendes Projekt soll offen und zentral gestaltet werden und eine neue städtische Basisinfrastruktur werden. Die Ulmer Plattform integriert und aggregiert heterogene und verteilte Daten aus verschiedenen Systemen, IoT-Lösungen und Anwendungen und stellt sie (gebündelt) bereit. So soll die Basis für eine schrittweise übergreifende und intelligente Verknüpfung verschiedener Daten und Dienstleistungen des alltäglichen Lebens entstehen, die die Bürgerschaft komfortabel mit der Stadt verbindet und Potenzial für neue Dienstleistungs- und Wertschöpfungsinnovationen für die ansässigen Unternehmen schafft. Das Konzept soll bis September 2021 umgesetzt werden und sieht ein Gesamtbudget von 2,2 Millionen Euro vor. Hiervon übernimmt das Land Baden-Württemberg als Fördergeber rund 880.000 Euro.

Großprojekt Zukunftsstadt 2030

Dieses Projekt wird im Rahmen des Wettbewerbs 'Zukunftsstadt' des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) entwickelt. Es ist aufgeteilt in 3 Phasen. Anfang November 2018 wurde Ulm von einer Jury als eine von 8 Zukunftsstädten für Phase 3 des Bundeswettbewerbes

ausgewählt. Das 2-Millionenprojekt, davon 1 Mio. Euro Bundesförderung, startete im Sommer 2019. Das Projekt ist innerhalb der Stadtverwaltung als Stadtentwicklungsprojekt organisiert und seit Herbst 2017 bei der Geschäftsstelle Digitale Agenda verankert. Die Bewerbung der Stadt Ulm hat mit einem Umsetzungskonzept für eine nachhaltige Stadtentwicklung unter dem Motto "Nachhaltigkeit digital mitgestalten - Internet der Dinge für ALLE" überzeugt. Ziel der 3. Phase ist es, Digitalen Mehrwert für einen lebenswerten Alltag gemeinsam mit den Bürger*innen zu gestalten. Das Ziel ist, einen zukunftsweisenden Alltag erlebbar zu machen, in dem die digitale Technik unser tägliches Leben nachhaltig unterstützt, insbesondere werden die Einsatzmöglichkeiten von Sensoren und der Funktechnologie LoRaWAN betrachtet.

Thematische Schwerpunkte sind dabei Bildung, Mobilität und Gesundheit / Alter, Verwaltung und Kommunikation. In allen Projekten geht es darum, nachhaltige, datenbasierte Lösungen zu entwickeln und im Stadtraum zu testen. Sensoren im öffentlichen Raum liefern Daten, die auf einer Ulmer Datenplattform zusammengeführt werden. Sie verbleiben damit demokratisch legitimierter Hand . Diese Daten sind Grundlage für Stadtplanung, politische Entscheidungen und Stadtentwicklung. Der Einsatz von lernenden Systemen im Bereich der cleveren Stadt mit Sensoren erschließt neue, bislang in dieser Form unbekannte Anwendungsbereiche. Die Zwischenergebnisse der dritten Phase werden unter Punkt 1.3 näher dargestellt.

ICC – Intelligent Cities Challenge der Europäischen Kommission

Mit dem Gewinn der Intelligent Cities Challenge (ICC) der Europäischen Kommission ist Ulm auch auf europäischer Ebene vertreten und Teil eines großen Netzwerks von Städten, welche einen hohen Grad der Digitalisierung in verschiedenen Bereichen umgesetzt haben. Die ICC besteht aus 8 Mentor-Städten (darunter Ulmer Vorbilder wie Barcelona und Amsterdam), welche als Vorreiter und Leuchttürme ihre Erfahrungen und ihr Wissen weitergeben. Weiterhin sind insgesamt 124 Städte aus über 20 europäischen Ländern Teil des Netzwerks und tauschen sich untereinander aus.

Durch gemeinsame Veranstaltungen, Peer-to-Peer Formate und anderweitigem Wissenstransfer kann Ulm von den Erfahrungen anderer Städte profitieren und das selbst gesammelte Wissen der letzten Jahre weitergeben. Die Teilnahme an der Intelligent Cities Challenge bietet also die Chance, neue Wege kennenzulernen und sich mit anderen städtischen Akteuren über Lösungen für eine nachhaltige, lebenswerte und offene Stadt zu verständigen.

Projekt ‚SMloTI‘ zu Sicherheit von Smart-City-IoT-Infrastrukturen

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) führt bis 2021 eine große Studie zu **Smart-City-IoT-Infrastrukturen** unter dem Titel SMloTI (Secure Municipal Internet of Things Infrastructures) durch. Durch die große Vorarbeit in diesem Bereich ist auch Ulm Teil der Untersuchung. Im Fokus steht die Analyse bereits bestehender Smart-City-Projekte in Deutschland. Ziel ist es, auf Basis der gewonnen Erkenntnisse Handlungsempfehlungen zur IT-Sicherheit für Digitalisierungsprojekte weiterer Städte weiterzugeben. So werden die Ergebnisse für zukünftige kommunale IoT-Projekte nutzbar gemacht.

Projekt "Ulm4clever City" als eines der ersten dreizehn Modellstädte des Bundes aus den Fördermitteln des BMI

Clever, für alle offen und nachhaltig. In der „Ulmer Vision“ spiegelt sich wieder, was digitale Transformation erfolgreich macht: Ulm möchte im Rahmen des Förderprogramms des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) „Smart Cities made in Germany“ mit den Menschen vor Ort ihre digitale Zukunft gestalten. Digitale Ansätze orientieren sich an den Bedürfnissen und Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger und beziehen ihre Ideen und Vorstellungen mit ein. Um dieser Vision näher zu kommen, macht sich Ulm in den nächsten zwei Jahren auf den Weg, eine integrierte Smart-City-Strategie zu entwickeln. In den Bereichen Mobilität, Zusammenleben, Umwelt/Energie, Bildung, Handel, Kultur und Verwaltung entstehen neue digitale Ansätze. Gleichzeitig soll eine leistungsfähige digitale Infrastruktur geschaffen werden.

Die Blaupause für die Smart-City-Strategie ist eine Stadt im Umbruch. Ulm ist eine wachsende

Stadt. Dieser Trend wird durch die engere Anbindung an Stuttgart noch weiter verstärkt werden. Strukturelle, gesellschaftliche und demografische Veränderungen bieten neue Herausforderungen für die Stadtentwicklung, aber auch neue Chancen für digitale Lösungen. Nachhaltigkeit in allen sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen zieht sich dabei als roter Faden durch alle Handlungsfelder.

Dieser Mischung an unterschiedlichsten Herausforderungen begegnet man am besten mit vielen Köpfen am Tisch. Stadtverwaltung und Politik werden eng in alle Phasen der Strategieentwicklung eingebunden. Das digitale Ehrenamt und die Community haben im Prozess einen Raum, um eigene Dynamiken zu entfalten. Auch die lokale Wirtschaft hat beispielsweise über die Initiative ulm.digital oder das Digitalisierungszentrum einen festen Platz am Tisch. Um die Smart City Ulm auf ein solides Fundament zu stellen und gleichzeitig das größere Bild nicht aus dem Blick zu verlieren, wird die digitale Agenda von Partnerinnen und Partnern aus der Wissenschaft begleitet.

c) Begründung der nächsten Schritte

Verschiedene Projekte „Ulm4cleverCity“, „Zukunftskommune“, „Zukunftsstadt“, „Intelligent Cities“ etc. zeigen, dass Digitale Stadtentwicklung nicht mehr wegzudenken ist. Die ersten Jahre waren geprägt von hoher Dynamik und Finanzierung über Projekte. Damit hat sich Ulm eine Vorreiterrolle erarbeitet und will dieser gerecht werden.

Die Transformation der Verwaltung - also eine gewinnbringende Zusammenführung von traditionellen Ansätzen der Verwaltung mit neuen Techniken und Methoden - gelingt am besten in Projekten, in denen sich die unterschiedlichen Verwaltungseinheiten vernetzen müssen. Hier spielt die Digitale Agenda eine wichtige Rolle in der Projektleitung und -steuerung. Die notwendigen finanziellen Mittel können durch Fördermittel unterstützt werden, die Geschäftsstelle Digitale Agenda verfügt hier über das notwendige Fachwissen in der Erstellung solcher Anträge und der Umsetzung solcher Projekte. Eine Verlängerung der Tätigkeit der Geschäftsstelle ist daher aus Sicht der Verwaltung notwendig und sinnvoll.

Wichtig ist in diesen Zusammenhang eine Konsistenz beim Personal der Digitalen Agenda. Bisher sind die Stellen an die Projektlaufzeiten geknüpft. Dies bereitet Probleme, wenn neue Fördermittel akquiriert werden sollen. Ganz praktisch: Das Personal für das Projekt muss dann in neuen Ausschreibungsverfahren ausgewählt werden, was die Projektarbeit sehr verzögert und auch zu Wechsel und damit Wissensverlust führt. Im Mittelpunkt der Digitalen Agenda steht die Projektarbeit in geförderten Projekten. Diese Fördermittel können daher auch zur direkten oder indirekten (als Eigenmittel) Finanzierung des Personals herangezogen werden. Daher ist die Erhöhung des Budgets bei gleichzeitiger Erhöhung der Erträge der Digitalen Agenda ein naheliegender Finanzierungsweg. Alternativ stehen die Mittel der Zukunftsoffensive Ulm 2030 für die Transformationsprojekte zur Verfügung. Die Verwaltung schlägt daher vor, vier der bisher rein auf Projekte bezogene Stellen im Vorfeld mit diesen Mittel zu finanzieren. Diese Stellen können dann in Förderprojekten eingesetzt werden.

1. 2 Verschwörhaus

a) Ausgangslage

Seit 1. Juli 2016 existiert auf Basis von GD 198/16 am Weinhof und damit fußläufig zentral in der Stadt erreichbar das Verschwörhaus. Es ist Ort für die Einbindung von engagierten Bürger*innen in eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der digitalen Zukunft der Stadt Ulm (siehe auch GD 125/17). Zunächst als Fortführung der Aktivitäten der 1. Phase der Zukunftsstadt 2030 und als Stützpunkt

für die seit 2010 bestehende „datalove“-Open-Data-Gruppe gedacht, hat sich am Weinhof seither eine pulsierende und umsetzungsstarke Gemeinschaft Ehrenamtlicher aus der Bürgerschaft entwickelt.

b) Ergebnisse seit 2017

Seit dem letzten Bericht im Frühjahr 2017 bis zur weitgehenden Einschränkung des Präsenzbetriebs Mitte März fanden rund 600 öffentlich im Kalender angekündigte Termine im Verschwörhaus statt. Diese wurden durch rund 200 Außeneinsätze ergänzt – diese reichten von technischen Unterstützungsmaßnahmen bei anderen Veranstaltungen bis zur Beteiligung an oder gar Mitorganisation von Konferenzen, Kongressen und ähnlichen Formaten. Nicht mitgezählt sind hier interne Termine zur Selbstorganisation, für Umbaumaßnahmen und zur Ertüchtigung der Infrastruktur im Hauskomplex.

Die Gruppe der sich hierfür einsetzenden ehrenamtlich Aktiven ist im Berichtszeitraum stetig gewachsen und hat viele beeindruckende Leistungen gezeigt. Insbesondere hat sie zum offenen Diskurs über Inhalte und Ziele einer sich digitalisierenden Stadtverwaltung beigetragen. Zudem konnte der Bereich der Bildungs- und Jugendarbeit im Verschwörhaus seit 2017 maßgeblich erweitert werden. Hierfür wurden Mittel für mittlerweile zwei weitere 50%-Stellen eingeworben, die aus organisatorischen Gründen bei einem gemeinnützigen Verein angesiedelt sind. Im Folgenden soll auf die einzelnen Themen eingegangen werden.

Aufbau des Ehrenamtsnetzwerks

Dreh- und Angelpunkt der Arbeit im Verschwörhaus sind die Ehrenamtlichen, die dort aus eigenem Ansporn aktiv sind. Dieses Netzwerk zu pflegen und auszubauen ist Kernaufgabe der städtischen Aktivitäten – denn erst die Ehrenamtlichen machen aus der Idee des Verschwörhaus mehr als nur eine konzeptionelle Hülle. Aus der Mitte der Ehrenamtlichen heraus sind mehrere neue Formate und Terminreihen entstanden, so zum Beispiel zweiwöchentliche Treffen zu IT-Sicherheit („Capture the Flag“), Vernetzungstreffen zu Open Data im Mobilitätsbereich, das monatliche Ubuntu-Treffen des Generationentreff Ulm, oder zuletzt das wöchentliche Format „Frauen und Computer Kram“ (F.U.C.K.). Quer zu all diesen nach Themenfeldern organisierten Gruppen liegt ein „harter Kern“ von rund 30 besonders Aktiven, die beispielsweise notwendige Beschaffungen organisieren, bei Wochenend-Arbeitseinsätzen anstehende Aus- und Umbauten vornehmen, das vorhandene Material aufräumen und systematisieren, oder sich um die technische Infrastruktur kümmern. Hervorzuheben ist hier, dass hier viele verschiedene Fähigkeiten aus verschiedensten Fachrichtungen zusammenkommen, die sich auf hohem Niveau ergänzen. Die Zahl der Arbeitseinsätze und die hierfür aufgewendeten Ehrenamtsstunden sind bedauerlicherweise nicht statistisch erfassbar.

Regelmäßige Angebote

Bis zur Einführung der Covid-19-bedingten Kontakteinschränkungen fand eine Vielzahl regelmäßiger Angebote statt:

- * Bewerbungscafe für Geflüchtete, Kooperation mit Caritas und Stadt, wöchentlich mittwochs
- * Frauen und Computer Kram (F.U.C.K.), wöchentlich freitags
- * Maker-Monday, offene Werkstätten (Lasercut, 3D-Druck und Holzwerkstatt), zweiwöchentlich montags
- * TTN-Treffen (Vernetzung zum Sensornetzwerk The Things Network), zweiwöchentlich mittwochs, zusätzlich interne Arbeitseinsätze
- * CTF-Treffen (Austausch IT-Sicherheit), zweiwöchentlich mittwochs
- * Ubuntu-Treffen des Generationentreff Ulm, monatlich freitags
- * Offenes Jugend-hackt-Lab, meist zweiwöchentlich donnerstags

Ergänzt wurden diese Formate durch unregelmäßig stattfindende Workshops, Vorträge, projektbezogene Treffen sowie als Einzeltermine organisierte Formatreihen wie das Upcycling Nähcafe. Zwischenzeitlich sind einige Formate wieder unter strengen Auflagen in Präsenz angelaufen, andere setzen derzeit noch aus, während wieder andere komplett auf Onlineformate umgeschwenkt sind. Hervorzuheben ist hier das gemeinsam mit anderen Gruppen aus Deutschland organisierte Open Transport Meetup als überregionales Austauschformat rund um offene Mobilitätsdaten, das zweiwöchentlich als Videovortrags- und Diskussionsformat stattfindet.

Überregionale Vernetzung

Die Vernetzung der Ehrenamtlichen geschieht generell auch überregional mit anderen, themenverwandten Gruppen des digitalen Ehrenamts. Aktive aus dem Verschwörhaus waren unter anderem mit eigenen Bei- und Vorträgen unter anderem auf verschiedensten, jährlich stattfindenden Veranstaltungen des Chaos Computer Club (u.a MRMCD in Darmstadt, GPN in Karlsruhe, CPU an der Uni Ulm), bei der Ars Electronica in Linz, mehrfach bei Hackathons der Deutschen Bahn in Berlin, beim Digital Mobility Hack des Verkehrsministerium Baden-Württemberg, auf der Maker Faire Bodensee, beim NRWHack des CIO des Landes Nordrhein-Westfalen, bei der „Ideenschmiede“ des Verkehrsministerium Baden-Württemberg, und bei den jährlich stattfindenden Vernetzungskonferenzen der deutschsprachigen Wikipedia-Ehrenamtlichen („WikiCon“). Bei den jährlich zwischen Weihnachten und Neujahr stattfindenden Chaos Communication Kongressen leistete das Verschwörhaus seit dem Ortswechsel in die Messe Leipzig mit rund 15.000 Teilnehmenden 2017 jedes Jahr einen Beitrag zu einer gemeinsam mit Wikimedia Deutschland, Jugend hackt und der Open Knowledge Foundation Deutschland bespielten Fläche. Auf rund 800m² wurde dort auch eine eigene Bühne mit Programm rund um Open Data, Freies Wissen und Jugendmedienbildung bespielt. Das Verschwörhaus lieferte hierfür technische Infrastruktur sowie Ausstattung und Know-How für Planung, Liveübertragung und Aufzeichnung des Programms bei. Allein für Auf- und Abbau steuerten die Ehrenamtlichen jedes Jahr mehrere Personenarbeitswochen freiwilliger Arbeit bei.

Für den Austausch mit anderen Gruppen, die eng mit der öffentlichen Hand für Transparenz, Open Data und Offene Schnittstellen arbeiten, fanden jeweils 2017, 2018 und 2019 Wikidata-Wochenendworkshops mit Freiwilligen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum statt. Durch eine Förderung von Wikimedia Deutschland e.V. in Höhe von je rund 16.000 EUR konnten hierfür Anreise, Unterkunft und Verpflegung aller Teilnehmenden finanziert werden. Weitere überregional wirksame Veranstaltungen im Verschwörhaus fanden u.a zu Datenjournalismus, Mobilitätsdaten, der freien Weltkarte OpenStreetMap, Informationsfreiheit, der freien Enzyklopädie Wikipedia und freier Software statt.

Jugendmedienbildung

Ein Kernelement des Angebots im Verschwörhaus waren und sind Formate zur Jugendmedienbildung und der spielerischen Heranführung Jugendlicher an die Möglichkeiten, Computer und Technik nicht nur konsumierend zu benutzen. Stattdessen stehen Selbstwirksamkeit und die Möglichkeiten im Vordergrund, selber mit diesen Mitteln aktiv die eigene Lebensumgebung zu beeinflussen, auf Missstände hinzuweisen sowie experimentell Alternativen aufzuzeigen. Kern dieses Angebots, aus dem das Verschwörhaus ursprünglich unter anderem entstand, ist das Programm „Jugend hackt“, das seit 2015 in Ulm stattfindet. 2017, 2018 und 2019 fand dieses Format als Wochenend-Hackathon jeweils mit rund 40 Jugendlichen im Verschwörhaus statt. Die Jugendlichen bekommen hier freitags abends über kurze Vorträge ihre Rolle im Umgang mit Technik und möglichen positiven aber auch negativen Einflussmöglichkeiten auf die Gesellschaft vermittelt. Unter dem Motto „Mit Code die Welt verbessern“ geht es im Anschluss darum, in kleinen Teams bis Sonntagmittag Konzepte und Prototypen zu entwickeln, die sie am Sonntag

einem Publikum vorstellen. Im Gegensatz zu manchen kommerziellen Hackathons geht es hier nicht um einen Wettbewerb untereinander. Vielmehr sollen die Jugendlichen über das Format neue Fähigkeiten (sowohl technisch wie auch sozial) entwickeln und gegenseitige Unterstützung und Kollaboration praktisch leben. Ein großes Augenmerk liegt zudem auf der Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Freien/Offenen Lizenzen und Freier/Open-Source-Software.

Bereits sehr früh nach Gründung des Verschwörhauses lag ein Ziel darin, dieses einmal jährlich stattfindende Wochenendformat durch regelmäßige Angebote unterjährig zu ergänzen. Von Herbst 2017 bis Sommer 2018 startete ein erster Versuch in Form des „Mach's-selber-Mittwoch“ gemeinsam mit der e.tage Ulm. Gefolgt wurde dieses Format von einer „Digital-AG“, die durch Förderung im Rahmen des Programms „Demokratielabore“ bis Sommer 2019 bestand. 2019 schließlich wurde das Verschwörhaus auf Grundlage eines Förderprojekts der SKala-Stiftung neben Fürstenberg an der Havel eines von zwei initialen „Jugend hackt Labs“. Im Rahmen dieses Programms finden seither regelmäßige Treffen, Workshops und Vorträge sowie Exkursionen statt. Durch die damit verbundene personelle Ausstattung in Form einer 20-h-Stelle und das im Haus vorhandene Wissen um Onlineformate konnten die Jugend-hackt-Labs auch nach Einführung der Kontaktbeschränkungen im Frühjahr 2020 schnell auf passende Onlineangebote umschwenken, die gemeinsam mit dem Lab in Fürstenberg und externen Referent:innen durchgeführt wurden. Derzeit laufen Förderanträge, um das Format auch über das Auslaufen der initialen Förderung im Frühjahr 2021 hinaus halten zu können. Parallel zu diesen Angeboten wurde auch eine Reihe meist mehrtägiger Kooperationsveranstaltungen mit der e.tage Ulm durchgeführt, die vom Einstieg in die Microcontrollerprogrammierung über robotische Kunst bis hin zum Umgang mit 3D-Druckern und CAD-Design reichten.

Transfer in die Stadtverwaltung

Die räumliche und organisatorische Nähe zwischen Stadtverwaltung und Verschwörhaus hat vielfach die Möglichkeit zum Wissens- und Erfahrungstransfer gegeben. Spätestens seit Einrichtung der Geschäftsstelle Digitale Agenda im Gebäudekomplex findet hier ein reger Austausch statt. Beschäftigte der Geschäftsstelle nehmen an Angeboten des Verschwörhaus teil und tauchen so direkt in Arbeitsweise und das über Jahre gesammelte Wissen der Strukturen ein. Wissen und Erfahrung im freien Sensorik Netzwerk „The Things Network“ konnte durch die Stadt aufgegriffen und praktisch umgesetzt werden. Vielfach waren Anknüpfungspunkte vorab überhaupt nicht abzusehen und ergaben sich organisch und eher zufällig. Das in der ehrenamtlichen Community versammelte Wissen rund um Open Data, Freie/Offene Lizenzen und IT-Architektur konnte vielfach aufgegriffen und in die Projekte der Geschäftsstelle eingearbeitet werden. Im Verschwör Haus genutzte Freie/Open-Source-Software diente zudem mehrfach als Vorlage, diese Systeme auch städtisch einzusetzen. Zu nennen sind hier beispielhaft das Ticketing-System „pretix“ oder das Routenplanungssystem „digitransit“.

Herausragend zu nennen sind hier die gemeinschaftlichen Entwicklungen rund um Mikromobilität („E-Scooter“) und offene Mobilitätsdaten. Ehrenamtliche aus dem Umfeld des Verschwörhaus begannen schon im Februar 2019, deutsche Kommunen auf den Start der Miet-E-Scooter-Anbieter vorzubereiten und regulatorische Erfahrungen aus den USA zu übersetzen und für deutsche Verhältnisse anzupassen. In enger Abstimmung entwickelten diese Ehrenamtlichen gemeinsam mit Z/DA und der in Gründung befindlichen Abteilung VGV/MO passende städtische Anforderungen an die Anbieter, die danach unter Freier Lizenz weltweit öffentlich auf der Plattform Github veröffentlicht wurden. In der Folge wurden die dort veröffentlichten Formulierungen in den Anforderungen vieler weiterer deutscher Kommunen aufgegriffen. Kern ist, dass die Anbieter bestimmte, für eine vernetzte Mobilität und die datengetriebene Verkehrsplanung durch die Stadt notwendige Daten jeweils der Stadt bzw. der Öffentlichkeit anliefern und zur Verfügung stellen.

Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen

Kernelement der Einbindung der Ehrenamtlichen ist, dass sie das Haus als etwas von ihnen selbst Gestaltbares wahrnehmen, auf das sie aktiv Einfluss nehmen können. Analog zum Stufenmodell der Beteiligung nach Arnstein sind eine reine Anhörung oder auch Einbeziehung der Wünsche und Bedürfnisse der Freiwilligen keine ausreichenden Partizipationsmodelle. Stattdessen ist es unumgänglich, Selbstverwaltungsstrukturen mit mindestens teilweiser Entscheidungskompetenz zu entwickeln. Hierfür wird im Rahmen der Begleitforschung zur Zukunftsstadt Phase III gemeinsam mit dem ZAWiW ein passendes Modell entwickelt, auch um Grenzen und Herausforderungen der Beteiligung im Verhältnis zur Stadt herauszuarbeiten. 2019 wurde außerdem als bereits seit längerem geplanter Meilenstein (vgl. GD 125/17) ein gemeinnütziger Verein gegründet, in dem sich die Ehrenamtlichen organisieren. Durch die so geschaffene Rechtspersönlichkeit konnten zusätzliche Versicherungen abgeschlossen werden, und es eröffnen sich weitere organisatorische Möglichkeiten, die im Rahmen der städtischen Vorgaben nicht so einfach möglich sind. Durch die Einnahmen des Vereins können zudem notwendige Wartungs- und Unterhaltsmaßnahmen an den technischen Geräten bestritten werden, die die städtischen Aufwendungen ergänzen.

c) Begründung der nächsten Schritte

Der ursprüngliche Projektentwurf in GD 198/16 ging von einer 19,5-h-Stelle für die anfängliche Koordination aus, die Stück für Stück auf drei Personen ausgebaut bzw. ergänzt werden sollte. Seit Frühsommer 2017 wird die ursprüngliche Stelle durch eine weitere 19,5-h-Stelle ergänzt. Die notwendigen Mittel hierfür wurden von der initiative.ulm.digital gespendet und bis Dezember 2020 finanziert, die Stelle selbst ist beim gemeinnützigen Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. angesiedelt. Für das Jugend-hackt-Lab ist seit September 2019 eine weitere 19,5-h-Stelle über die Förderung aus der SKala-Stiftung bis Frühjahr 2021 finanziert; auch diese Stelle ist beim Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. angesiedelt. Seit September 2019 ist das Verschwörhaus Einsatzstelle für ein FSJ digital.

Die Projektleitung des VSH wurden in den Jahren immer stärker in die anderen Zukunftsprojekte eingebunden, da das entsprechende Fachwissen in den Bereich offene Daten, Datenstrukturen und -standards und Mobilität wichtig für den Erfolg der Projekte war. Insbesondere mit dem BMI-Projekt bekommt dies nochmals einen neuen Schub, sodass die Verwaltung auf der anderen Seite für eine Entlastung im Bereich der Organisation von Formaten zur Wissensvermittlung im Verschwörhaus sorgen wird. Beispielhaft sind mehr Formate mit Wikimedia, etc. geplant.

1.3. Transparenz und Bürgerbeteiligung am Beispiel Zukunftsstadt 2030

a) Ausgangslage

In der GD 059/19 wurde der Projektansatz für die Zukunftsstadt Ulm 2030 beschlossen. Digitalisierung betrifft gesellschaftliche, strukturelle und auch soziale Aspekte des öffentlichen Lebens und des Alltags der Bürger. Um zu verhindern, dass der Einsatz digitaler Steuerungssysteme und Assistenztechnologien mit einer Beeinträchtigung kommunaler, regionaler oder persönlicher Belange verbunden ist, muss die Situation im Vorfeld umfassend analysiert werden. Da gehört auch die Bedarfe aller Betroffenen frühzeitig in die Planung einzubeziehen und den Digitalisierungsprozess partizipativ zu gestalten. Das Bundesforschungsministerium (BMBF) startete im Frühsommer 2018 den Aufruf für die Teilnahme am Bundeswettbewerb Zukunftsstadt, welcher Teil der Leitinitiative „Zukunftsstadt“ des Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltige Entwicklungen“ (FONA³) ist. Hintergrund zu diesem Wettbewerb ist es innovative Lösungen der

Herausforderungen der Zukunft in Städten wie Klimawandel, Digitalisierung oder demographischer Wandel unter Beteiligung der Bürgerschaft zu entwickeln. Ulm hat sich mit einem Konzept unter dem Titel "Internet der Dinge für alle - offen, clever, für alle und nachhaltig - Nachhaltigkeit digital mitgestalten" beworben. Der Schwerpunkt der Zukunftsstadt 2030 liegt im bürgerorientierten Ansatz der Beteiligung und der Transparenz. Daher soll das Projekt Zukunftsstadt 2030 beispielhaft für diesen Bereich mit seinen bisherigen Ergebnissen vorgestellt werden.

b) Bisherige Ergebnisse

Ein Jahr nach Beginn der dritten Phase im Projekt Zukunftsstadt Ulm 2030 sind bereits erste Ergebnisse sichtbar. Vor allem die Erfahrungen und Erfolgsaussichten mit Blick auf das Thema Beteiligung sind sehr positiv zu bewerten. In allen Themenbereichen der Zukunftsstadt geht es nicht alleine um technische Innovationen, sondern viel mehr um die Akzeptanz, den Dialog und die Vereinbarkeit von Technik und Gesellschaft. Damit dies gelingt, liegt der Schwerpunkt auf Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsbeteiligung, Stakeholderbeteiligung bis hin zur Co-Kreation. Durch unterschiedliche Formate, sollen hierbei weitere Ergebnisse und Erkenntnisse gewonnen werden um gemeinsam mit der Bürgerschaft und weiteren Stakeholdern die Digitalisierung von unten zu gestalten. Zu erwähnen ist hier, dass erhielt die Stadt Ulm gemeinsam mit der Technischen Universität München (TUM) von der Jury den Zuschlag beim bundesweiten IT Planungsrat im März 2020 zum Thema Beteiligung erhielt, um das Thema "Digitalisierung aus Bürger*innensicht und praktische Herausforderungen von Öffentlichkeitsbeteiligung in der digitalen Stadt" vorzustellen. Durch die zielgruppengenaue Auftaktveranstaltungen im Herbst 2019 konnte das Projekt von Beginn an in der Stadt Ulm sichtbar verankert werden. Obwohl Präsenzveranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie in den vergangenen Monaten nicht mehr möglich waren, fanden zahlreiche Veranstaltungen in allen Themenfeldern virtuell statt. Online-Bürgerwerkstätten, die Online-Frühjahrsakademie des ZaWiW, die digitale Eröffnung des Kreativraums für die Stadtverwaltung oder interne Austausche und Workshops, unter anderem zur Projektkommunikation, sind wichtige Beispiele. Die bisherigen Ergebnisse sind detailliert in Anlage 3 und unter zukunftsstadt-ulm.de dargestellt sowie im Folgenden nach den Handlungsfeldern zusammengefasst.

Mobilität:

Die technische Hochschule Ulm hat mit der Entwicklung erster Prototypen für das Sensornetz begonnen. Für den Meilenstein eines mobilen und mit Sensoren ausgestatteten Fahrradständers wurde ein Prototyp entwickelt und erste Testphasen auf dem Hochschulgelände gestartet. Im Rahmen der Ausstellung "um.macht.zukunft" wurden Bürger*innen aufgefordert Standorte für Fahrradständer im Stadtgebiet festzulegen. Die am meisten nachgefragten Standorte werden als Pilotstandorte genutzt (s. Anlage A4 Ausstellung). Für das Community-Bike-Sharing wurde ein erster Prototyp eines Fahrradschlössers entwickelt, welches sich durch mobile Endgeräte öffnen und schließen lässt.

Alter/Gesundheit:

Um einen Überblick über den bisherigen Stand der Forschung zu assistiven Technologien für ältere Menschen zu erhalten, wurde eine systematische Literaturliteraturanalyse vom Projektpartner der Uni Ulm durchgeführt. Das Ergebnis dieser Recherche wird aktuell für die Veröffentlichung vorbereitet. Weiterhin wurden Anwendungsfälle für den Einsatz von neuen Technologien definiert. Insgesamt wurden 5 Anwendungsfälle durch Personas erarbeitet. Weiterhin wurde eine erste Version einer Bewertungsmatrix entwickelt, welche die ethisch-fachlich reflektierte Auswahl von Technologien für den Ambient Assisted Living (AAL) Raum gewährleisten soll. Die Gestaltung zur AAL-Musterwohnung ist in Bearbeitung. Um neue und innovative Produkte für den Einsatz zu verifizieren, wird ein Start-Up Wettbewerb durchgeführt. Es wurden Gespräche mit der IHK und Gründern geführt. Die Ausschreibung ist in Bearbeitung. Die im Teilprojekt zusammen mit der

Deutschen Traumastiftung, entwickelte Notfall App, bei der freiwillige Ersthelfer mit Hilfe der App über einen Notfall in ihrer Nähe durch eine teilnehmende Leitstelle benachrichtigt und zum Einsatzort navigiert werden, wurde der öffentlich in einem Termin mit dem baden-württembergischen Innenminister Thomas Strobl vorgestellt.

Verwaltung:

Für den Kreativraum der Stadtverwaltung wurde ein Konzept entwickelt, welches bereits durch die Verwaltungsspitze abgestimmt wurde. Die Räumlichkeiten werden in den nächsten Schritten eingerichtet, erste Workshops wurden dabei verwaltungsintern bereits durchgeführt. Weiterhin wurde ein abgestimmtes Positionspapier "Die digitale Stadt" erstellt (s. Anlage 1)

Bildung:

Identifizierte Schwerpunkte: Familie & Digitalisierung, Verschwörhaus, Quartier & Engagement, Gesundheit, Nachhaltigkeit, LoRaWAN. Erste Akteursworkshops und eine Strategieentwicklung wurde in den Bereichen Familie und Verschwörhaus durchgeführt. Weitere wesentliche Ereignisse sind: Kolloquien zu Bürgerwissenschaft, Iterative Weiterentwicklung der Themenfelder und eines übergeordneten Rahmens für die Begleitforschung, Begleitung von Bürgerwissenschaft und Forschendem Lernen, Angebot Forschungsseminar für Psychologiestudierende an der Universität Ulm zum Thema „Bildung für die Digitalisierung“, weitere Netzwerkarbeit.

Lorapark

Der LoRaPark ist das Ergebnis eines von der Stadt Ulm ausgeschriebenen Innovationswettbewerbs. Der Schaugarten wurde von der citysens GmbH und Partnern auf dem Weinhof realisiert und im Juli 2020 eröffnet. Er bietet anschauliche Anwendungsbeispiele für das Internet der Dinge. Hier können Besucher*innen erleben, wie Sensoren und darüber gewonnene Messwerte gewinnbringend eingesetzt werden können, ob in der Stadtplanung, bei der Entscheidungsfindung oder im eigenen Umfeld. Der LoRaPark ist ein Experimentierfeld für Bürgerschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft. Mithilfe der Funktechnologie LoRaWAN können über Sensoren erhobene Messwerte stadtweit gesammelt und weiterverarbeitet werden. Von der Messung der Wassertemperatur oder der Luftqualität hin zur Füllstandsanzeige von Containern oder der Hochwassermessung ist alles möglich. Der Schaugarten zeigt Anwendungsbeispiele und lädt dazu ein, eigene Beispiele einzubringen.

c) Begründung der nächsten Schritte

Die Stadt Ulm befindet sich aufgrund der Corona Krise in einer bisher noch nicht gekannten Ausnahmesituation. Die globale Corona-Pandemie stellt mit all ihren Folgen auch für das Projekt Zukunftsstadt Ulm, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Partner eine unvorhergesehene und gewichtige Einschränkung dar. Das führt derzeit dazu, dass sich Prioritäten sowohl auf Verwaltungsebene als auch bei den wissenschaftlichen Partnern verschieben, um der Situation gemäß handeln zu können. Die sehr stark auf Präsenztermine ausgerichtete Projektstruktur musste innerhalb kürzester Zeit angepasst werden. Durch den schnellen Aufbau einer digitalen Infrastruktur konnte der Umstieg vergleichsweise rasch und frictionslos erfolgen. Interne Treffen und Gespräche wurden größtenteils im geplanten Turnus über Videokommunikationssysteme fortgeführt. Auch externe Veranstaltungen fanden über digitale Kanäle statt. Erste Angebote, ob online-Bürgerwerkstatt, Bildungsangebote oder ePartizipations- und Informationsangebote stärken bereits jetzt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Durch diese aktuelle Situation und der Sorge vor möglichen weiteren Wellen muss die Kommunikation wie auch Koordination innerhalb der Themenfelder weiterhin über digitale Kanäle stattfinden. Im Sinne einer inklusiven Beteiligung der Bevölkerung ist besonders darauf zu achten, durch niedrigschwellige, kontaktarme Beteiligungsformen nach wie vor auch jene Gruppen einzubinden, die durch digitale Kanäle nicht erreicht werden können. Nichts desto trotz ist die

aktuelle Krise auch eine Chance. Die Akzeptanz der älteren Bevölkerung neuen Techniken gegenüber wird, bedingt u.a. durch die Kontakteinschränkung, derzeit z.B. durch Skype, Zoom, WhatsApp und Onlinetools positiv beeinflusst. Den Nutzen, den man als Gesellschaft durch die Digitalisierung gewinnen kann, wird vielen Bürgerinnen und Bürgern mehr als je zuvor bewusst.

Allerdings ist absehbar, dass sich die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie auch im Projektalltag auswirken. Insbesondere, da Teile des Ulmer Projektes im Bereich Gesundheit und Alter auf die Zusammenarbeit mit Seniorinnen und Senioren, die zu einer besonderen Risikogruppe des Coronavirus zählen, setzen. Die Einrichtung der AAL-Musterwohnung verzögert sich, da Handwerker schwieriger zu kontaktieren sind und keine Vor-Ort-Absprachen möglich sind. Eine Öffnung der AAL- Musterwohnung im Agaplesion Bethesda muss sich an die strikten hygienischen Maßgaben halten, was gleichzeitig mit einer Verminderung der Besucherzahl pro Tag assoziiert wird.

Da an den ursprünglichen Projektumsetzungen festgehalten werden soll, um einen nachhaltigen Mehrwert des Projektes in Ulm zu sichern und zugleich der Bevölkerung die ergänzenden digitalen Hilfestellungen bereitstellen wollen, ist das gegenwärtig definierte Förderprojektende 05/2022 stark gefährdet. Außerdem ist ein Schwerpunkt des Projektes auf Bürgerbeteiligung und Nutzerzentrierung ausgerichtet. Aus diesen Gründen wird eine kostenneutrale Verlängerung des Projektzeitraums bis Ende 2022 für die externen Projektpartner vorgeschlagen sowie eine Verlängerung der befristeten Projektmanagementstellen.

1.4. Datensouveränität

Datensouveränität kann als Kontrolle über die eigenen erzeugten Daten definiert werden. Im Zuge der Digitalisierung wird die Frage der Datensouveränität und der Datenhoheit immer mehr von Bedeutung sein, insbesondere in Smart Cities. Daten werden als Rohstoff der 21sten Jahrhundert bezeichnet (Günthner, 2017). Laut Francesca Bria, CIO der Stadt Barcelona, ist eine zentrale Frage, wer die Daten kontrolliert (Unternehmen, Staat, Bürger usw.) die mehr politisch als technisch ist (Friedrich, 2018). Außerdem kann die Sammlung von Daten durch private Konzerne wie Amazon, Microsoft, Cisco Ängste bei der Bevölkerung verursachen. Die Frage danach, wie die Daten von privaten Betreibern weiter benutzt werden, spielt hier eine besondere Rolle. Daher werden im Folgenden die Aspekte Open Data und das Datenethikkonzept für die Stadt Ulm genauer dargestellt.

1.4.1. Open Data

a) Ausgangslage und Rechtliche Grundlagen

Ulm nahm viele Jahre lang eine kommunale Vorreiterrolle bei der Veröffentlichung offener Daten ein. Aus dem Projekt Ulm 2.0 heraus wurde bereits 2012 daten.ulm.de als Bereitstellungspunkt für Open Data eingerichtet. 2013 ging daten.ulm.de als zusätzliches Projektergebnis innerhalb des [Projektes GDI/GDM](#) live.

Während andere Kommunen in der Zwischenzeit jedoch Grundsatzbeschlüsse für den Umgang mit und die Bereitstellung von offenen Daten gefasst haben, beruhte die Bereitstellung in Ulm bis heute auf Freiwilligkeit.

Aktuelle Projekte der Stadt Ulm wie das vom BMBF geförderte „Zukunftsstadt 2030“ setzen sich als Forschungsprojekt zur nachhaltigen Stadtentwicklung mit alternativen Formen der Digitalisierung auseinander. Hierbei liegen die Schwerpunkte besonders auf offenen Daten, offenen Standards, offenen Schnittstellen sowie Freie/Open-Source-Infrastruktur bei der Umsetzung. Auch bei der Entwicklung der digitalen Verwaltung hin zu einer "Cleveren Stadt" als vom BMI gefördertes

Projekt zum Thema Smart City ist die Unterstützung durch die Politik bei der Ausgestaltung in Open-Data-Strategien als Handlungsrahmen erforderlich. Der Blick zur digitalen Verwaltung und Open Data muss in diesem Zusammenhang geweitet werden und neben dem Datenzugang und -umgang auch die Zulieferkette wie beim Sensorenausbau im öffentlichen Raum umfassen.

Die Corona Krise legt den erreichten Stand der Digitalisierung an vielen Stellen offen. Sie verdeutlicht die Notwendigkeit eines transparenten Umgangs mit den technologischen Möglichkeiten am Beispiel des Widerstands zu einer zentralen Speicherung der Daten der Corona App. Entscheidend zur Bewältigung dieser und weiterer Krisen ist die technische und organisatorische Souveränität über Daten und Dateninfrastrukturen und damit auch die demokratische Kontrolle im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Es sind bereits sowohl auf europäischer, auf Bundes- sowie auf Landesebene Rahmenbedingungen geschaffen worden, die die öffentliche Hand auffordern, ihre Informationen, die unter die Definition von Open Data fallen, auch bereitzustellen bzw. Zugang dazu zu ermöglichen.

Auf europäischer Ebene wurde die PSI-Richtlinie (Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors, Directive EU 2019/1024) in 2019 im Titel konkret um die Begrifflichkeit Open Data erweitert. In dieser Richtlinie geht es zentral darum, den Zugang zu Informationen des öffentlichen Sektors möglichst leicht und unbürokratisch zu ermöglichen. Eine weitere Umsetzung in Bundes sowie Landesgesetze ist mittelfristig absehbar. Besonders hervorgehoben sind in der Direktive die sog. „High Value Datasets“. Das sind Geodaten, Erdbeobachtungs- und Umweltdaten, meteorologische Aufzeichnungen, Statistikdaten, Handelsregisterinformationen sowie Mobilitätsdaten. Eine weitere Umsetzung in Bundes- sowie Landesgesetze ist mittelfristig absehbar.

Das E-Government-Gesetz des Bundes ermächtigt bereits die unmittelbar der Bundesverwaltung zugeordneten Behörden, die von ihnen erhobenen unbearbeiteten (Roh-)Daten zu veröffentlichen, damit sie von jedermann ohne Einschränkungen genutzt und sogar in internen Verwaltungsprozessen weiterverarbeitet werden können. Somit kann selbst der Staat freier Nutzer seiner eigenen Daten sein und davon profitieren. Für Baden-Württemberg ist in der Gesetzesänderung des EGovG BW im Frühjahr 2019 der neu vorgeschlagene und auf die Kommunen erweiterte §10a zu Open Data ersatzlos entfallen und zur weiteren Abstimmung zurückgestellt worden. Darüber hinaus existieren noch weitere Gesetze oder Verordnungen, die den Zugang zu bestimmten Daten bereits regeln. Beispielfhaft genannt seien hier das LGeoZG BW, das LIFG BW sowie UIG BW und das VIG. Mittelbar sind von einigen Verordnungen auch Betriebe der Stadt betroffen, z.B. die SWU Verkehr durch die Delegierte Verordnung (EU) 1926/2017.

Aufgrund der noch mangelnden übergeordneten politischen Verpflichtung auf kommunaler Ebene kommt es hierbei verstärkt auf den eigenständigen (politischen) Willen einer jeden Kommune an, über den Umgang mit Daten, welche weder Veröffentlichungspflichten noch Datenschutzregelungen unterliegen, zu bestimmen. Die noch ausstehende Gesamt-Umsetzung europäischer Regelungen in Deutschland lässt die Auswirkungen auf kommunaler Ebene nur schwer abschätzen. Absehbar ist aber, dass sich Städte auf eine kostenlose Zurverfügungstellung von Datensätzen vorbereiten müssen. Je nach Ausgangssituation bedeutet dies finanziellen sowie personellen Aufwand in der Bereitstellung von Infrastrukturen. Der weitere Bedeutungszuwachs von urbanen Datenräumen und -infrastrukturen lässt sich u.a. aus der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 19.02.2020 „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas ableiten“. Die „Europäische Datenstrategie“ umreißt eine EU-Vision der Schaffung eines EU-Binnenmarktes für Daten u.a. auch mit Daten aus dem öffentlichen Sektor.

b) nächste Schritte

Um die digitale Souveränität der Stadt Ulm zu stärken, ist es daher notwendig, das Thema des Open Government neu zu strukturieren und zu organisieren. Dies umfasst die Themen wie Transparenz eingesetzter Technologien, weiterhin das Thema der fachlichen Vorgaben für die zu beschaffende bzw. zu entwickelnde Software. Die resiliente Stadt der Zukunft sollte strategisch Fähigkeiten zum Umgang mit Datenflüssen, -Export Prozessen, Beschaffung passender Fachverfahren und Schnittstellen, Freien Lizenzen sowie Data Science schaffen. Fachverfahren müssen so beschafft werden, dass die Ausspielung offener Daten von vorneherein zum System gehört. Der Austausch mit dem Digitalen Ehrenamt in den Bereichen Open Data, Freie Software, Informationsfreiheit und Data Science sollte systematisch ausgebaut werden. Aus diesen Gründen wird über die Projektmittel des Förderprojekts "Smart City made in de" eine Stelle ab 2021 im Projektteam Smart City bei der Geschäftsstelle Digitale Agenda als Projektsteuerungsstelle Open Government für die strategische Planung des Themas geschaffen und mit einer weiteren Stelle aus oben genannten Finanzmitteln zur Weiterentwicklung des Urbanen Datenraums und der Datenplattform ergänzt (vgl. Beschluss zur Roadmap 7/2020). Weiterhin soll in Zusammenarbeit mit ZSD/T soll durch eine Expertengruppe eine Open Data Konzeption bis Q1/2021 erarbeitet werden.

1.4.2. Datenethikkonzept

a) Ausgangslage und Rechtliche Grundlagen

Eine Digitale Kommune (Smart City, intelligent vernetzte Kommune) nutzt technologische Möglichkeiten, um die Lebens-, Standort- und Arbeitsqualität in der Kommune wirkungsvoll und nachhaltig zu verbessern. Sie setzt dabei auf Prinzipien wie Zusammenarbeit, Kollaboration, Vernetzung und Teilen. [Vgl. KGSt 2018]. Eine dieser technologischen Möglichkeiten ist die Sensoren Technik. Das Handlungsfeld intelligente Kommune hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Insbesondere kommen lernende Systeme immer häufiger zum Einsatz und erschließen sich neue, bislang in dieser Form unbekannte, Anwendungsbereiche. Damit einhergehen aber nicht nur Auswirkungen auf die Wirtschaft und den öffentlichen Sektor, auch unsere Gesellschaft wird sich verändern. Dabei sind technischen Fragen nicht so relevant wie ethische, rechtliche und organisatorische. Die Möglichkeit des verstärkten Einsatzes von neuen Technologien hat die Debatte um ihre Wechselwirkungen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft entfacht. Die Frage nach dem politischen, dem rechtlichen und dem gesellschaftlichen Ordnungsrahmen von neuen Technologien ist zu einer zentralen Frage unserer Zeit geworden. Dieser ist nicht nur auf der europäischen und nationalen Ebene zu diskutieren, sondern auch dort, wo die Menschen leben und arbeiten: in den Kommunen. Datenethik versteht sich dabei als umsetzbare ethische Leitlinien für das Programmieren intelligenter Maschinen sowie den Einsatz und die Nutzung von IT-Systemen, Daten und Anwendungen, die von Experten nach einer ethischen Reflexion von Technik abgesteckt werden. Dies steht im Unterschied zum Datenschutz, der sich als vom Gesetzgeber erarbeitete und beschlossene umsetzbare rechtlich bindende Leitlinien (Gesetze, Verordnungen und Satzungen) zum Schutz von personenbezogenen Daten im Rahmen von Datenverarbeitung und -übertragungen versteht. Als rechtliche Grundlagen dienen

Europäische Datenschutzgrundverordnung

Informationsfreiheitsgesetze (IFG Bund; LIFG BW)

- behördliche Daten sind grundsätzlich öffentlich verfügbar

- es gibt jedoch viele Ausnahmen:

- Schutz von besonderen öffentlichen Belangen (IFG § 3, LIFG § 4)
- Schutz des behördlichen Entscheidungsprozesses (IFG § 4)
- Schutz personenbezogener Daten (IFG § 5, LIFG § 5)

- Schutz des geistigen Eigentums und von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen (IFG § 6, LIFG § 6)
- Informationsweiterverwendungsgesetz (PSI-Richtlinie)
- § 2a Grundsatz der Weiterverwendung
 - § 3a Verbot von Ausschließlichkeitsvereinbarungen

b) Grundzüge-Datenethikkonzept -

Die Entwicklung des Datenethikkonzepts entstand im Rahmen der Begleitforschung im Projekt Zukunftsstadt 2030 unter der Federführung von Prof. von Lucke von Januar 2020 bis August 2020. Es beruht auf der Grundlage von bereits bestehenden kommunalen Konzepten wie:

[Smart City Charta Eindhoven](#)

[Ethische Leitplanken für die Entwicklung Darmstadts zur Digitalstadt](#)

[Leitliniender technologischen Souveränität und digitalen Rechte für Stadt der Stadt Barcelona](#)

[Rahmenwerk zur Datenethik der britischen Regierung](#)

Nach der Durchführung eines Beteiligungsprozesses in der Stadtverwaltung fand zudem ein Verwaltungsworkshop zur Ausarbeitung des Ulmer Datenethikkonzeptes im Juli 2020 statt. Im Rahmen der Erstellung des Datenethikkonzeptes wurden parallel mehrere Gespräche und Diskussionen mit verschiedenen Akteuren der Stadt geführt. Das detaillierte Datenethikkonzept findet sich in Anlage 4.

2. Zusammenfassende Darstellung der finanziellen und personellen Auswirkungen

Die Digitale Agenda soll sich in den nächsten Jahren insbesondere über die Durchführung von geförderten Projekten selbst finanzieren. Für die Akquise der Mittel ist eine planbare personelle Ausstattung erforderlich. Daher schlägt die Verwaltung vor, vier bisher bereits befristete Stellen bis 31.12.2026 zu verlängern. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden bzw. werden in den kommenden Jahren Fördermittel akquiriert. Zwei dieser Stellen sind bereits über das Projekt Zukunftsstadt bis 31.01.2023 finanziert. Die zwei weiteren Stellen werden über das Projekt BMI Smart City-Projekt ("Ulm4CleverCity") bis 31.12.2026 finanziert.

Die Grundfinanzierung (inkl. interner Verrechnungen für z.B. Mietkosten) der Geschäftsstelle Digitale Agenda und Stadtlabor/Verschwörhaus ist bisher bereits im Haushalt mit Rund 735.000 € berücksichtigt. Die Verwaltung beantragt die Verlängerung dieses Budgets bis 31.12.2026.